

präsentationen? Um die freie Marktwirtschaft, um Ratschläge für Firmengründer, um neue Technologien und Vernetzungen zwischen Industriemanagern, Staatsbürokratie und Kirche.

Der missionarische Katholizismus der CL ist nicht nur amerikafreundlich, sondern auch unternehmerfreundlich. Nationalismus war gestern. Die neuen Slo-

gans lauten: Tradition, Familie, Eigentum, von Brasilien über die Vereinigten Staaten bis Europa. Traditionalismus und *Aggiornamento* schließen sich eben nicht aus, wenn nur die Richtung stimmt. Joseph Ratzinger weiß das, auch wenn er als Benedikt XVI. über diesen kleinlichen irdischen Dingen steht. *De minimis non curat praetor*.

Richard Meng

Hessische Lehren

Die Ausgangslage zu Beginn des Wahljahres

Hessen war meist ein Sonderfall. Wegen äußerst knapper Mehrheitsverhältnisse einerseits, wegen einer gewissen historischen Vorreiterrolle bei Koalitionsbildungen andererseits. Sozialliberal, später Rot-Grün: Was in Hessen funktionierte, fand im Bund irgendwann seine Entsprechung. Und was nicht funktionierte? Zu Rot-Rot-Grün (West) kam es erst gar nicht. Und nach der Landtags-Neuwahl vom Januar 2009 drängen sich einige über Hessen hinaus weisende Interpretationen auf.

Richard Meng

(* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de



Erstens natürlich: Rot-Rot-Grün bleibt im Westen der Republik noch weit entfernt davon, als »normale« Bündnisoption empfunden zu werden. *Zweitens* aber auch: Nachdem sogar in Wiesbaden wieder eine konturlose schwarz-gelbe Mehrheit regiert, wird diese alte Kohlsche Konstellation in neuer Weise aktuell. *Drittens*: Der Ansehensverlust der SPD führt zu der Frage, ob und wie sie überhaupt in der Nach-Schröder-Generation und in einem Fünf-Parteien-System wieder führungsfähig werden kann. Und *viertens*: Roland Kochs anhaltendes Problem, das CDU-Potenzial

auszuschöpfen, hat nicht allein mit ihm selbst zu tun. Die Kanzlerin und ihre Führungsfähigkeit steht bis weit in die Union hinein in Frage.

Selbst der Endpunkt der hessischen Kuriositätenfolge hatte es noch in sich. Es war ein Wahlergebnis, das einem Misstrauensvotum gegen den Sieger Roland Koch gleich kam. Da war ein Aufstieg der FDP, die dazu selbst nichts Positives beizutragen hatte. Sie hatte das machttaktische Aushungern der Ypsilanti-SPD durch ihre Vasallentreue zu Koch überhaupt erst ermöglicht – und wurde am Ende von vielen aus den Mehrheitsmilieus, denen sonst niemand mehr wahlwürdig schien, für das minimalste Übel gehalten. Wie im Bund, folgt man den Umfragen. Guido Westerwelle hält mindestens zehn Prozentpunkte mittlerweile für seine stabile Stammbasis, womit Angela Merkel nur noch das Ergebnis von 2005 halten müsste, um Schwarz-Gelb zu ermöglichen. Da war in Hessen zu-

gleich eine SPD, die in ihrer Breite ja nicht völlig anders zu bewerten ist als in anderen Landesverbänden. Zappelnd hier in der selbst gestellten Falle.

Dieses verrückte hessische Jahr kann nur nachvollziehen, wer die Landespolitik auf der längeren Strecke betrachtet. Hessens CDU war immer eine verschworene, stets sich antikommunistisch verstehende Kampfgemeinschaft. Südhessens SPD, die Basis Ypsilantis, war seit Jahrzehnten eine linke Gremienpartei ohne viel realpolitischen Einfluss im Land gewesen – aber in ihrer stark nach innen ausgerichteten Parteiwelt mit höchst stabilen Strukturen. Da hat sich etwas gegenseitig hochgeschaukelt. Machtpolitik pur, am Ende. Auf allen Seiten.

So viel Risiko war selten

Die Kandidatin wagte in diesem hochgradig polarisierten Land – im Einklang stets mit großen Gremienmehrheiten – den Durchmarsch an allen Gesetzen der mediengesellschaftlichen Neuzeit vorbei. Mochte die Parteispitze in Berlin auch zweifeln oder sogar Negativstimmung machen. Mochten die Medien ganz eindeutig auf die Gegenseite gewechselt sein. Es war ein Weg, der nur ganz am Anfang hätte anders definiert werden können und müssen, direkt nach der Wahl. Einmal eingeschlagen, war er einsam und ohne Wendepunkt.

So viel Risiko also war selten – und das in einer in sich emotional seit Jahrzehnten tief gespaltenen hessischen SPD. Vorwärts getrieben letztlich mit einer Mentalität des Alles-oder-Nichts, mochten drum herum noch so viele Messer aufgestellt werden. Nachdem es schief ging, ist es leicht, das zu kritisieren. Auch die Konsequenz, mit der CDU und FDP es auf die finale Machtprobe ankommen ließen und die mediale »Treibjagd« (Hermann Scheer) auf Ypsilanti anfeuerten, wäre viel kritischer zu hinterfragen, als es in der Öffentlichkeit der Fall war. Gleichwohl: Das SPD-Desaster war selbst

produziert. Weil der Politik das Politische fehlte – im Sinne von Gesellschaftlichkeit, Interessensausgleich, Außenorientierung.

Im Ergebnis hat Hessen der Republik eine auch andernorts verbreitete politische Kultur vorgeführt, die nicht nur auf sozialdemokratischer Seite an vergangen geglaubte Zeiten erinnert. Und weil es nach einem solchen Jahr immer viele neue alte Rechnungen gibt, ist wahrlich offen, inwieweit das Land es jetzt schafft, wieder zu einer produktiveren Auseinandersetzung zu finden. Hin zu einer Politik als offenem Prozess, der nicht abschreckt, sondern zum Mitmachen einlädt.

Im Verhältnis SPD/Linkspartei hat Hessen mehr deutlich gemacht als nur ein hochgradig befangenes Unverhältnis. Auf Seiten der Linkspartei stabilisierte sich ein Potenzial minimal über 5 %, das sich in Abgrenzung definiert, sehr unabhängig von der aktuellen Taktik auf SPD-Seite. Während die SPD nun weiterhin – bis zum Beweis erfolgreicher rot-roter Regierungspolitik auch im Westen – mit massiven Diffamierungskampagnen rechnen muss, wann immer sie diesen Weg auch nur andenk.

Dass in Hessen ausgerechnet die FDP zur Projektionsfläche für Politikerwartung wurde, ist die eigentliche bundespolitische Botschaft. Nach zehn Jahren Opposition im Bund hat Westerwelle es geschafft, der Partei eine Aura machtpolitischer Unschuld zu geben, die tatsächlich über das alte neoliberale Potenzial hinaus wirkt. Die ein diffus selbstzufriedenes Lebensgefühl anspricht und nicht nur eine Klientel. Speziell (und das ist perspektivisch) bei Jüngeren – was sich beim Blick auf das Durchschnittsalter ihrer Parteimitglieder seit Jahren schon andeutete.

Die FDP profitiert davon, dass in großkoalitionären Zeiten die kritische Auseinandersetzung mit Wirtschaftsinteressen nur noch von den Linkspopulisten kam. Die Große Koalition sorgte dafür, dass der Staat an realpolitischer Bedeutung zurück gewann – durch die Verbreiterung seiner

Finanzbasis (Steuererhöhungen) ebenso wie durch einige kompromisshafte sozialpolitische Schritte (etwa beim Mindestlohn). Aber mit dem Zurückdrängen des Wirtschaftsflügels der Union öffnete sie der alten Lobbypartei FDP den Weg zu einem unverfänglichen Image. Während die stets lavierende Kanzlerin es – speziell bei den Jungen – nicht geschafft hat, den Amtsbonus so zu nutzen, dass Respekt vor ihrer Führungsleistung entstanden wäre. Das kann, je nach Stimmung, 2009 noch einmal über die Hürde helfen, aber lange tragen wird diese Profillosigkeit nicht.

Die strategische Falle

Da stellt sich nun die Frage, welchen Diskurs eigentlich führen muss, wer eine schwarz-gelbe Mehrheit im Bund noch verhindern will. Die strategische Falle ist offenkundig, koalitionspolitisch wie inhaltlich. Via Hessen ist die schwarz-gelbe Option zumindest im Westen derart dominant geworden, dass dort das Werben um die FDP als potenziellen Partner in einer Ampel immer unrealistischer wird. Gleich-

zeitig führt der softsozialdemokratische Kurs der Kanzlerin CDU-intern zunehmend zu Nervosität. Was es für die SPD aber noch nicht automatisch leicht macht, eine klare, unüberhörbare Abgrenzungsbotschaft zur Merkel-Union zu entwickeln.

Dass Roland Koch in Hessen bei der nächsten Wahl erneut Spitzenkandidat ist, darf als äußerst unwahrscheinlich gelten. Hinter ihm ist die hessische CDU personell nicht mehr sonderlich stark besetzt. Das lässt für Hessen schon mittelfristig wieder viele Wege offen. Zunächst aber muss die SPD konsequent ihren Politikstil renovieren. Da wird es nun sehr existenziell darum gehen, ob sie in der Generation der heute 40-Jährigen die personelle und programatische Kraft findet, die nötig ist, um attraktiv zu sein. Um wieder Zukunft zu verkörpern: Das ist es, was der SPD bundesweit am meisten fehlt. Ihre innere Verfassung: In Hessen wurde sie im Scheitern exemplarisch transparent. So gesehen ist im traditionellen Vorreiterland durch die sozialdemokratische Fehlerkette von 2008/09 wieder einmal ein Großtrend weit über Hessen hinaus nur besonders einschlägig bewusst geworden.

Thomas Meyer

Kuba, ach Kuba. 50 Jahre Revolution

Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Soeben im VS Verlag erschienen: *Was ist Demokratie?*

thomas.meyer@fes.de



Kaum, dass er das Land betreten hatte und die medial so vertrauten Bilder zwischen frisch restaurierter tropischer Kolonialpracht und Verfall im fortgeschrittensten

Stadium nun mit eigenen Augen gesehen und doch eben wie die Erinnerung an etwas alt Vertrautes wahrgenommen hatte, folgte der zynische Scherz eines Landeskenners.

Die einzig realistische Lösung der überbordenden Probleme sei eben doch, das Ganze zum Museum zu erklären und die Bevölkerung von den Eintrittspreisen anständig zu ernähren. Es könnte zwar sein, dass es einigen dann, jedenfalls was die Einkommen betrifft, besser ginge als jetzt. Etwa 20,- bis 25,- Euro monatlich,